



Grünliberale Partei Biel/Bienne

Medienmitteilung Nr. 29

Thema	Abstimmungsparolen 8. März 2015
Für Rückfragen	Dennis Briechle, Parteipräsident & Stadtrat, mobile 078 857 03 13
Absender	Grünliberale Partei Biel/Bienne, 2502 Biel/Bienne Tel 078 788 23 93, eMail biel@grunliberale.ch , www.biel.grunliberale.ch
Datum	18. Februar 2015

Stimmfreigabe zum Bahnhofplatz, Ja zur Teilrevision der Stadtordnung

Der Vorstand der Grünliberalen Biel/Bienne hat die Parolen zu den Abstimmungen vom 8. März gefasst. Zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes hat er Stimmfreigabe beschlossen. Zwar begrüßen die Grünliberalen explizit die verkehrliche Neuregelung, welche durch das Projekt vorgesehen ist, andererseits sprechen die hohen Kosten von CHF 18 Millionen angesichts der schlechten Finanzlage der Stadt gegen die Neugestaltung in ihrer vorgesehenen Form. Die Überarbeitung des städtischen Abgaberechts und die zur Abstimmung stehende Teilrevision der Stadtordnung begrüßen die Grünliberalen, sie empfehlen die Vorlage zur Annahme.

Auf nationaler Ebene empfehlen die Grünliberalen Biel/Bienne einstimmig ein JA zur Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ und ein NEIN zur Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“.

Neugestaltung Bahnhofplatz: Stimmfreigabe

Für die Grünliberalen Biel/Bienne bestehen sowohl gute Argumente für wie auch gegen das vorliegende Projekt zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes, weshalb sie Stimmfreigabe beschlossen haben.

Die Grünliberalen anerkennen, dass der Platz in seiner heutigen Gestaltung keine besonders schöne Visitenkarte abgibt und in den Stosszeiten an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Sie befürworten deshalb explizit das mit der Neugestaltung vorgesehene Verkehrsregime, welches den motorisierten Individualverkehr vom Bahnhofplatz fernhält und den Platz somit für Fussgängerinnen, Velofahrer und den öffentlichen Verkehr attraktiver macht.

Gegen das Projekt sprechen für die Grünliberale in erster Linie finanzpolitische Gründe. Mit fast 18 Millionen Franken ist das Projekt angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt sehr teuer. Es gibt aus Sicht der Grünliberalen dringlichere Projekte, wie die Sanierung und Schaffung von Schulraum oder verkehrlich flankierende Massnahmen zu dem in weniger als zwei Jahren eröffneten A5-Ostast.

Teilrevision Stadtordnung: JA

Die Grünliberalen begrüßen die Teilrevision der Stadtordnung, welche als Konsequenz der Überarbeitung des städtischen Abgaberechts nun zur Abstimmung steht. Diese Überarbeitung ist sinnvoll, da mit ihr das städtische Abgaberecht übersichtlicher strukturiert wird und die Entscheidungskompetenzen logischer auf Gemeinde-, Stadtrat und Stimmbevölkerung verteilt werden. Die damit verbundene Einführung der Parkplatzerersatzabgabe begrüßen die Grünliberalen explizit. Sie stellt sicher, dass Bauherren eine verursachergerechte Abgeltung für die Nutzung von öffentlichem Grund entrichten, wenn sie keine eigenen Parkplätze erstellen können.

Nationale Abstimmungen

Einstimmig und mit Überzeugung sagen die Grünliberalen Biel/Bienne JA zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer». Die neue Energiesteuer setzt die richtigen Anreize, um dem Klimawandel aktiv entgegenzuwirken und die Energieversorgung konsequent auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz auszurichten. Durch die gleichzeitige Abschaffung der Mehrwertsteuer wird sichergestellt, dass die Steuerbelastung in der Schweiz insgesamt auf dem heutigen Niveau bleibt.

Die Grünliberalen Biel/Bienne empfehlen hingegen die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» zur Ablehnung. Von der Vorlage profitieren einseitig relativ gut situierte Familien mit Kindern. Sie führt zu Steuerausfällen von rund CHF 1000 Millionen.

Die Grünliberalen Biel/Bienne sind seit 2008 aktiv und wurden am 5.7.2010 als Ortssektion gegründet. Bei den städtischen Wahlen im September 2012 erreichten sie 9.3% und 6 Sitze im Stadtrat, was ihnen ermöglicht, mit einer eigenen Fraktion zu politisieren. Die Grünliberalen politisieren sachbezogen und lösungsorientiert und setzen sich für die Vereinbarkeit von Anliegen der Ökologie und Ökonomie ein.